

Rede des finanzpolitischen Sprechers der CDU Fraktion, Erhardt Zachert, zum Wirtschaftsplan 2006 anlässlich der Beratung am 11. Dezember 2006 im Kreistag.

Es gilt das gesprochene Wort.

Die Unsicherheit für die Wirtschaftspläne der Landkreise wird auch in Zukunft nicht geringer sondern nimmt eher zu. Die geplanten Schritte der Bundesregierung zur Sanierung des Bundeshaushaltes haben unmittelbare und mittelbare Auswirkungen auf den Wirtschaftsplan unseres Landkreises. Die Signale aus Berlin waren in der letzten Zeit etwas positiver. Der Arbeitsminister hat gegenüber den Optionskommunen für 2006 zugesagt, den Anteil für die Unterbringungskosten auf dem Niveau von 2005 festzuschreiben. Diese Zusage erfolgte aber ohne den Finanzminister. Ich hoffe, dass sich der Vizekanzler durchsetzt. Trotzdem haben wir hier eine Finanzierungslücke von mindestens 5,3 Prozentpunkten, wenn die Berechnungen der Optionskommunen zu Grunde gelegt werden. Das heißt aber auch, die Mitarbeiter der Kreisagentur müssen verstärkt Empfänger von ALG II im ersten Arbeitsmarkt so erfolgreich unterbringen, dass diese Minderung der Leistungen des Bundes aufgefangen werden kann.

Der Wegfall der Eigenheimzulage trifft den Kreis nicht unmittelbar. Aber wenn weniger Einwohner des Landkreises bereit sind sich ein eigenes Haus zu bauen oder eine eigene Wohnung zu erwerben, sinkt auch das Aufkommen der Grunderwerbssteuer. Das trifft aber wiederum die Einnahmenseite des Kreises.

Diese Verfahren zeigen wieder einmal deutlich, dass das Konnexitätsprinzip auf der Bundesebene auch unter der Beteiligung der Länder

missachtet wird. Hier greift aus unserer Sicht die Reform des Bundesstaates zu kurz. Es kann nicht nur eine Reform des Verhältnisses Bund – Länder geben. Es muss auch die Konnexität in das Grundgesetz aufgenommen werden, um den Kommunen eine Handhabe gegen den ständigen Zugriff auf ihre Finanzmittel durch den Bund zu geben.

Der uns heute vorliegende Wirtschaftsplan für 2006 passt vom Grundsatz her in die heutige politische Landschaft. Alle Ebenen reden nur noch vom Sparen und Ausgleichen der jahrzehntelang angehäuften Schulden. Von daher scheint dieser Entwurf ein Schritt in die richtige Richtung zu sein. Der Personalstand wird verringert, weitere Stellen sollen nach dem Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers gestrichen werden, die Ansätze 2006 für den Betrieb der Verwaltung bleiben auf dem Niveau des Jahres 2005, die Nettoneuverschuldung steigt nicht weiter an, die vorhandenen Schulden werden in einem ersten Schritt reduziert und trotzdem kann das Investitionsprogramm für die Schulen fortgeführt werden.

Dies klingt alles nach „heiler Welt“ im Landkreis. Aber wie sieht es bei näherer Betrachtung aus.

Die Stelleneinsparung für das Wirtschaftsjahr 2006 umfasst nur die Stellen, die im Jahr 2005 nicht besetzt waren. Hier hat die Forderung des Regierungspräsidenten nach Stellenbesetzungssperre und Aufgabenkritik vor einer Neubesetzung gegriffen. Wir haben seit Jahren immer wieder gefordert, dass der Personalstand auf das Niveau angeglichen wird, dass sich jeweils in der Mitte des vergangenen Jahres ergibt, wenn eine Aufgabenkritik es nicht zwingend erforderlich macht, dass diese Stelle neu besetzt wird.

Bei genauem Hinsehen wird im Bereich Hochbau sogar eine Stelle neu geschaffen. Selbst wenn es sich hier um eine Umsetzung innerhalb der

Verwaltung handelt. Diese Stelle hätte dann gleich mit einem kw-Vermerk versehen werden müssen. Es ist sicher aus verwaltungstechnischen Gründen manchmal notwendig, dass Mitarbeiter umgesetzt werden müssen, dann ist es aber im Sinne von Klarheit und Wahrheit der Haushaltsführung erforderlich, dass die entsprechenden Vermerke bei den einzelnen Positionen angefügt werden. Gerade in diesem Bereich ist nach Auffassung der CDU eine weitere Reduzierung des vorhandenen Personals möglich. Durch eine verstärkte Vergabe von Aufträgen an freie Architekten und Ingenieure können Personalkosten mittelfristig eingespart werden. Möglicherweise können bei der Nutzung aller heute angebotenen wirtschaftlichen Modelle auch bei der Ausführung der Arbeiten weitere Gelder eingespart werden. Allerdings gebe ich hier dem Landrat Recht, dass man nicht jeder Modeerscheinung in der öffentlichen Verwaltung sofort folgen muss. Trotzdem fehlt der CDU hier der Ansatz einer Weiterentwicklung, wie er erfolgreich im Schuldenmanagement betrieben wird. Wir sind der Auffassung, dass eine weitere Ausweitung des Stellenplanes in diesem Bereich nicht erforderlich ist. Darüber hinaus sind wir der Auffassung, dass der Bereich Hochbau/Bauunterhaltung mittelfristig verkleinert werden kann. Deshalb beantragen wir, dass 2 weitere Stellen im mittleren Bereich der Endgeltgruppen einen kw-Vermerk erhalten. Die Ausführungen im Haupt- und Finanzausschuss zu unserem Antrag sind für die CDU – Fraktion nicht so klar und deutlich, besonders vor dem Hintergrund der Vorstellung der Bauvorhaben an drei Schulen, in dem bei der Kostenzusammenstellung ein Betrag von insgesamt rund 210.000 € an Nebenkosten ausgewiesen wird. Damit werden die planerischen Leistungen mit der oberen Grenze der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure berechnet.

Vermerke im Wirtschaftsplan, dass Stellen zukünftig wegfallen sollen, sind nach außen gesehen ein scheinbar deutliches Zeichen zum Sparen.

Nach meiner Erfahrung sind solche Vermerke aber nur bindend, wenn eine weitere Hürde eingebaut wird, um diesen Vermerk aufzuheben. Deshalb hat die CDU den Antrag gestellt, dass dies nur mit Zustimmung dieses Hauses erfolgen darf. Die Ausführungen des Landrates in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses haben zwar nicht alle Bedenken der CDU – Fraktion zerstreut. Trotzdem ziehen wir diesen Antrag zurück.

Die kw-Vermerke im Revisionsamt sind für die CDU-Fraktion etwas befremdlich. Dieses Amt soll zukünftig die Prüfberichte ohne Hilfe von außen erstellen, wie es der Landrat bei der Vorlage des Auftrages für die Erstellung der Prüfung des Wirtschaftsplanes für das Jahr 2004 betonte. Wie dies mit weniger Personal gemacht werden soll, erschließt sich uns nicht unmittelbar. Vielleicht soll die Innenrevision weiter gekürzt werden oder sie ist ein Teil der Prüfung des Wirtschaftsplanes. Sicher wäre es klarer gewesen, wenn das Rechnungsergebnis 2004 beim entsprechenden Produkt ausgewiesen wäre.

Wie wichtig eine funktionierende Innenrevision ist, zeigen die Vorgänge um die Gersprenz sehr deutlich. Darüber hinaus ist sie aber auch für die Eigenbetriebe des Landkreises erforderlich, um die Prüfberichte der Wirtschaftsprüfer zu ergänzen. Denn diese prüfen interne Geschäftsvorgänge in der Regel nicht. Dies zeigen deren Prüfberichte sehr eindeutig.

Dass die Ansätze für den allgemeinen Geschäftsbedarf nicht erhöht werden müssen, zeigt deutlich, dass auf der einen Seite die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr verantwortungsbewusst mit dem Geld der Steuerzahler umgehen aber auf der anderen Seite auch, dass sich der Kämmerer in den vergangenen Jahren ein Polster geschaffen hat, um am Ende des jeweiligen Wirtschaftsjahres verkünden zu können, dass er sparsam gewirtschaftet hat.

Die Diskussion im Haupt- und Finanzausschuss hat gezeigt, dass der Antrag zur Volkshochschule eine Reihe von Folgeentscheidungen nach sich zieht, die in dieser Legislaturperiode nicht mehr nachvollzogen werden können. Darüber hinaus wird durch die Verwaltung in einer Antwort zu einer Frage zum Wirtschaftsplan aufgezeigt, dass die Umlegung der Gemeinkosten auf die einzelnen Produkte derzeit nicht sinnvoll erscheint. Damit ist ein Teil dieses Antrages nicht erfüllbar. Trotzdem bleibt die Forderung der CDU – Fraktion alle Kurse der Volkshochschule kostendeckend zu gestalten. Dabei bleibt es Kreistag vorbehalten für Teilbereiche eine Ausnahmeregelung zu treffen. Dies gilt nach der Auffassung der CDU – Fraktion insbesondere für die Kurse zum Nachholen von Schulabschlüssen. Der derzeitige Wirtschaftsplanentwurf weist durch diese generelle Regelung, dass die Gemeinkosten nicht auf die Produkte umgelegt werden, in der Masse der Produkte der Volkshochschule ein positives Ergebnis auf. Dies ist nur ein scheinbar positives Ergebnis. Sicher wäre mit dem Antrag der CDU – Fraktion auch eine Änderung der Gebührensatzung erforderlich. Dies war für uns eine Selbstverständlichkeit, so dass wir dieses nicht mit beantragt haben. Die CDU - Fraktion zieht ihren Antrag wegen des Endes der Legislaturperiode in der ersten Jahreshälfte 2006 zurück.

Den Antrag zum Frauenbüro wird im Anschluss Frau Alice Müller, den Antrag zum bilingualen Unterricht Herr Marco Hesser begründen.

Die CDU – Fraktion bedankt sich bei allen Angehörigen der Verwaltung für die Vorlage dieses Wirtschaftsplanes. Ein besonderer Dank gilt Frau von Massow für Ihre Arbeit, insbesondere bei der Erklärung dieses Planes.

Ich danke Ihnen